

Überregionaler Pressespiegel 04.01.2012

Lausitzer Rundschau | 04.01.2012

Tillich ruft Bürger zu Neonazi-Protest auf

Dresden Tillich ruft Bürger zu Neonazi-Protest auf Der sächsische Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hat Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar aufgerufen. „Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt“, sagte er am Dienstag.

Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein friedliches Zeichen zu setzen. Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden. Der Jahrestag der Zerstörung Dresdens am 13./14. Februar 1945 wird von Neonazis seit Jahren für politische Propaganda missbraucht. Für diesen Februar wurden Aufzüge am 13. und 18. Februar angemeldet.

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Tillich-ruft-Buerger-zu-Neonazi-Protest-auf;art1047,3630084>

Kanal8 | 04.01.2012 | 13:33 Uhr

Bündnis Dresden Nazifrei: "Erneute Funkzellenabfrage nicht ausgeschlossen"

Nach dem Datenskandal im Februar 2011 vermutet das Bündnis Ablenkungsmanöver der Polizei und fordert Aufklärung. Auch diesen Februar will es den Nazigroßaufmarsch in Dresden blockieren. +++

Pressemitteilung von "Bündnis Nazifrei! - Dresden stellt sich quer"

Jürgen Martens (FDP), sächsischer Justizminister schließt auch für kommenden Februar eine Funkzellenabfrage im Zusammenhang mit Nazigegner_innen nicht aus. Am 19.2.2011 wurde über eine Millionen Daten erfasst, mehr als 50.000 davon ausgewertet. Die Betroffenen wurden bis heute nicht informiert, der sächsische Datenschutzbeauftragte hatte die Datenerfassung im September in einem Gutachten für rechtswidrig erklärt und gleichzeitig klare, sofortige Handlungsregeln formuliert. Martens und Innenminister Ulbig (CDU) hatten lange Zeit den Einsatz eines IMSICatchers am 19.2. geleugnet. Diesen und den Handy-Gate Skandal hatte man getreu der Salamtaktik erst gestanden, als das Gegenteil bewiesen werden konnte. Nun schlägt der Vorsitzende der GdP, Bernhard Witthaupt, in dieselbe Kerbe und fordert eine Vorratsdatenspeicherung von 2 Jahren im Kampf gegen Rechts. „Absurd!“ findet Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“.

„Jahrelang werden Gelder für Präventivprogramme gegen Rechts mit Hilfe der staatlich geförderten Extremismustheorie gekürzt. Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts wird diskreditiert und kriminalisiert und die einzige Antwort der Behörden scheint die totale Überwachung zu sein. Weder der Angriff durch Neonazis auf die „Praxis“ (Dresden) am 19.2. noch der rassistische Übergriff in Dresden vergangener Woche hätte dadurch verhindert werden können. Die Polizei versucht von ihrer Unfähigkeit im Kampf gegen Rechts abzulenken!“ Das Bündnis „Dresden Nazifrei!“ will auch diesen Februar den Nazigroßaufmarsch in Dresden blockieren.

Um den Behörden die Überwachung zu erschweren wird empfohlen, mehrere Handys mitzunehmen und sogar untereinander zu tauschen. Radtke ist zuversichtlich: „Unser Weg gegen Neonazis ist der richtige - Illegal sind die Methoden der sächsischen Justiz! Wird eine Maßnahme als rechtswidrig eingestuft, wird lediglich eine Rüge erteilt oder jemand wird versetzt, wie der ehemalige Staatsanwalt Avenarius oder der ehemalige Polizeipräsident Hanitsch.

Wahlweise lässt man sich auch vom Rechtswissenschaftler Battis ein Gefälligkeitsgutachten ausstellen. Vergessen werden die durch Polizeigewalt Verletzten vom 19.2., vergessen auch all diejenigen, deren Privatleben vor den Behörden nicht mehr sicher ist. Das ist der eigentlich Skandal, mit dem sich Sachsen auseinanderzusetzen hat.“

<http://www.dresden-fernsehen.de/default.aspx?ID=12209&showNews=1094543>
